ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Noé, Claus

Article

Der Euro - Eine Chance für die europäische Zivilisation

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Noé, Claus (1998) : Der Euro - Eine Chance für die europäische Zivilisation, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 24, Iss. 1, pp. 57-72

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/332519

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Der Euro – Eine Chance für die europäische Zivilisation

Claus Noé

I.

"Der Sinn von Politik ist Freiheit," so Hannah Arendt (1), Politik ist Integration, Friedensstiftung, so Rudolf Smend und Dolf Sternberger (2). Politik entsteht in einem Prozeß regelmäßig interessengebundener Entscheidungen von Menschen in Institutionen, die die Chance, die Macht haben, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, "gleichviel worauf diese Chance beruht." (3)

Politik muß dem Sachzwang von partiellem Fachwissen widerstehen, wenn dessen Durchsetzung mit dem Mittel staatlicher Macht dem Sinn und dem Wesen von Politik in offenen Gesellschaften zuwiderläuft. Politik muß sich immer wieder einer Hermeneutik, einer Kunst der Auslegung von Entwicklungen und Interessen versichern, die den Bezug zur Polis, zum lebendigen Gemeinwesen, zur offenen Gesellschaft der gelebten individuellen und politischen Freiheiten zur Maxime hat. (4) Politik, deren Sinn Freiheit und deren Wesen Integration ist, erschöpft sich nicht im statischen Freund-Feind-Verhältnis eines Carl Schmitt.

Politik fasziniert immer neu, weil dominante Interessen ihr Gewicht verlieren, Axiome und Theoreme sich als zeitbezogen, unvollkommen, fehlerhaft erweisen, anderes entsteht: eine Synthese, die keiner hat voraussehen können. Keine Macht reicht aus, ein für allemal und alle Zeiten diese Dynamik anzuhalten, Geschichte zu beenden. Der Versuch, ein für allemal eine Ordnung zu schaffen ist, unmenschlich und töricht zugleich, weil er die Freiheit, zu anderen Einsichten zu gelangen, unterdrückt, weil er verkennt, daß es keine einmal gefundene beste aller Welten gibt.

Wirtschaft findet in der Gesellschaft, im verfaßten Gemeinwesen statt. Gesellschaften sind keine Aktiengesellschaften. Staaten sind keine Unternehmen. Was wäre für einen wirtschaftlich erfolgreichen Standort gewonnen, wenn die Rendite hoch, aber der Ertrag an Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden negativ wäre? Die spontane Ordnungskraft der Märkte taugt nicht als Leitbild der Verfaßtheit offener Gesellschaften mit individuellen und politischen bürgerlichen Freiheiten. Offene Gesellschaften bedürfen des "Konstruktivismus" des Rechtsstaates, soll nicht die wirtschaftliche Macht des Stärkeren zu dessen Freiheit führen, mit der Freiheit der anderen nach Gutdünken zu verfahren.

Der vom ökonomischen Neoliberalismus, von der Neoklassik, von dem vorherrschenden Gemenge aus Angebotsökonomie und Monetarismus, von der forcierten Herrschaft der Märkte über die Gesellschaften in der Europäischen Union geprägte Maastricht-Prozeß, mit dem einzigen Kernstück einer einheitlichen Währung und Währungsordnung in einem Binnenmarkt, in dem (fast) nur wirtschaftliche Freiheiten vertraglich gesichert sind, ist bisher zu einfältig und selektiv konstruiert, als daß er weiter integrative Kraft entfalten könnte. Die Bürger Europas wollen den Euro eher nicht, obwohl er erhebliche ökonomische Vorteile in Europa und für Europa im Globalisierungsprozeß bewirken kann. Sie erkennen in dieser Währung nicht das Geld ihres Gemeinwesens, die autokratisch konstruierte europäische Zentralbank ist nicht ihre Notenbank, ist als einzige neue Instanz des Maastricht-Prozesses ein neue Bürokratie weitab von aller demokratisch-parlamentarischen Erfahrung, Kultur und Tradition bürgerlicher politischer Legitimation und Mitwirkung. Nichts gegen eine autonome Notenbank in einer gemischten Verfassungsordnung, in der - wie in den Mitgliedsstaaten der EU - demokratisch legitimierte Verfassungsorgane partiell Entscheidungen auf autonome Behörden delegieren. Aber als bisher einzige neue Institution europäischer Verfassung vermittelt die EZB den Eindruck, bürokratischer Fremdherrschaft über die europäischen Zivilgesellschaften, verstärkt erheblich das Bild einer bürokratischen europäischen Obrigkeit gegenüber untertanen Bürgern. Politik wird technokratisch entrückt. Politische Mitwirkung des Bürgers erscheint in diesem Maastricht-Prozeß nicht möglich und nicht gewollt. Wie soll er dieses Europa als sein Gemeinwesen begreifen und politisches Engagement entwickeln?

Dieser technokratisch im Sinne neoklassischer Dominanz der Märkte und von der Entdemokratisierung der Wirtschaftspolitik geprägte Maastricht-Prozeß beginnt eine politische Wendung zu nehmen, wird anders als von den Marktradikalen und Monetaristen gewollt. Bleibt Maastricht, wie von den herrschenden Lehrmeinungen gewollt, so wird dieser Versuch einer europäischen Friedensordnung ebenso wie der Westfälische Friede, wie der Wiener oder der Berliner Kongreß als nicht organisch gestaltbarer, wesentliche Interessen vernachlässigender, den Zivilgesellschaften oktroyierter, bürokratischer Kraftakt Ausgangs des 20. Jahrhunderts in künftigen Geschichtsbüchern als - eben wegen dieser Mängel gescheitert - dargelegt werden.

II.

So weit aber ist es nicht. Vielmehr beobachten wir in den EU-Gremien einen - noch zögerlichen - Prozeß der Korrekturen am wirtschaftspolitischen Credo der Verabsolutierer der Märkte und der bürokratischen Herrschaft des Geldes. Damit verbunden, erscheint eine Renaissance der ordoliberalen Einsicht von Walter Eucken möglich, daß der Markt, der Wettbewerb politische Regeln braucht, vorgegebene Präferenzen, wenn er als unbestritten effizientes System Wohlstand und Wohlfahrt hervorbringen soll. (Auch mit Blick auf die andere Seite der EU, die geradezu zentralverwaltungswirtschaftlich geführte Agrarpolitik, wäre nach der Regel von Maß und Mitte eine massive Revision angezeigt.)

Aber nicht nur die ökonomische Ordnungspolitik, auch die makroökonomische, die Prozeßpolitik gerät nach langen Jahren merkantilistischer Exportwettläufe der Standorte bei höchst mäßigen Wachstumsraten der Binnenwirtschaft ins Bewußtsein. Zunehmend werden die Risiken realer Abwertungswettläufe durch Lohnsenkung erkannt, neuerdings gar deren vorhersehbare deflationäre Wirkungen im Verbund mit entsprechender Geldpolitik. Die von Zyklus zu Zyklus steigende und sich strukturell verfestigende Massenarbeitslosigkeit läßt gar den Sachverständigenrat der deutschen Bundesregierung am eigenen seit Ende der siebziger Jahre immer wieder empfohlenen Konzept widerwillig zweifeln, er schreibt - eigenartig kryptisch - in seinem Jahresgutachten für 1998: "Die Erfahrungen in Deutschland können...kein Erfolgsausweis für angebotsorientierte Wirtschaftspolitik sein, aber auch kein Beleg für ihr Versagen." (5)

III.

Zunächst einige Beispiele zu verfassungspolitisch, verfassungsrechtlich und wirtschaftsordnungpolitisch begründeten Modifikationsversuchen oder -vorschlägen im Maastrichtprozeß, die wesentlich von dem Ziel bestimmt sind, die weitere Entwicklung zu fördern und mit der politischen Kultur europäischer Zivilgesellschaften kompatibel zu machen.

Staatenlose Finanzmärkte, entstanden durch entfallende nationale Kapitalverkehrskontrollen bei fungiblen Währungen in einem im wesentlichen weltweiten System flexibler Wechselkurse, haben sich nicht als informationseffizient erwiesen. Die Mexiko- und die noch immer virulente asiatische Krise zeigen deutlich, daß diese Finanzmärkte zur Fehlallokation extremen Ausmaßes führten. Niemand ist sicher, daß die globalen Finanzmärkte das Risiko einer Systemkrise schon überwunden hätten: Der Chefvolkswirt der Weltbank, Joseph Stiglitz, erklärte in einem Interview mit der Wochenzeitung DIE ZEIT: "Nur auf einen Minimalstaat, Liberalisierung und den Abbau von Defiziten im Staatshaushalt und im Außenhandel zu setzen, ist eine zu einfache Formel." Und mit Blick auf die Deregulierung, die völlige Entgrenzung und Entstaatlichung der Finanz-

märkte: "Es geht nicht um Deregulierung, sondern darum, die richtige Regulierung zu finden." Im Licht der Asienkrise fügt Stiglitz offenbar hoffend hinzu: "Der Konsens darüber, daß ohne wirksame Aufsicht die Liberalisierung der Finanzmärkte alleine nicht mehr für mehr Wachstum sorgt, wird gefestigt." (6)

Die BIZ, die Bank für internationalen Zahlungsausgleich, die Bank der Notenbanken, hat 1997 eine globale Regulierungsoffensive gestartet. Erklärtes Ziel ist es, die Politik, die nationalen Gesetzgeber zu veranlassen, Bankenaufsichtsbehörden einzurichten und zu verpflichten, "eine weltweit konsolidierte Aufsicht" zu praktizieren. Klarer kann man kaum sagen, daß die staatenlos gewordenen Finanzmärkte der überall wirksamen, globalen politischen Regeln bedürfen.

Zu erinnern ist in diesem Kontext auch an die regelmäßigen Aufforderungen der BIZ an die zuständigen Regierungen und Notenbanken, "ihren Standpunkt und ihre Absichten hinsichtlich der Wechselkurse unmißverständlich erkennen zu lassen", weil sonst auf den Finanzmärkten "Währungsunruhen heraufbeschworen" werden. (7) Dies ist ebenso wie die Abschaffung der bedingt flexiblen Wechselkurse in Europa durch die Einführung des Euro eine Art Abkehr von der monetaristischen Lehre vom ungezügelten Wettbewerb der Währungen, offensichtlich Ergebnis der Erfahrung: "Wie von unsichtbarer Hand geleitet, sorgen die Finanzmärkte dafür, daß auf Dauer reale Wechselkurse zustande kommen, die in Europa überall für die tendenziell gleiche Arbeitslosigkeit sorgen." Diese Einsicht stammt von Olaf Sievert, Mitglied des Zentralbankrates der Deutschen Bundesbank, ehemaliger Vorsitzender des oben zitierten Sachverständigenrates der deutschen Regierung und noch immer intellektueller Fähnleinführer im Kronberger Kreis, der wissenschaftlichen Vorhut der konservativen Ökonomenrevolution, der radikalen Deregulierer in Deutschland. (8)

Alan Greenspan, der Chef der US-Notenbank, hat mitten in der Asienkrise in Frankfurt im Gewande eines Fachvortrages zum künftigen Inflationsmeßsystem von Euroland vor global sich gegebenenfalls aufschaukelnden Deflationsrisiken gewarnt. Diese unspektakulär spektakuläre Aktion Greenspans in Frankfurt kann auch als eine dringliche Aufforderung zur internationalen Abstimmung der Geldpolitik verstanden werden, (9) als ein Appell, die G 7-Abstimmung wieder zu konkretisieren und den Pfad der Untugend zu verlassen, den Saumpfad der Verweigerung internationaler Kooperation unter dem Motto: "Jeder treibt für sich in jedem Land Deflationierungspolitik, auch wenn von einer Gefährdung der Preisstabilität keine Spur zu erkennen ist". Zum Jahresbeginn 1998 hat Greenspan seinen Appell an die Notenbanken, keine Inflationsbekämpfung ohne Inflation zu betreiben, verstärkt und an die Politik, an die Regierungen appelliert: "Indeed, some observers have begun to question whether deflation is now a possibility...Inflation has become so low, that policymakers need to consider at what point effective price stability has been reached." (10) Dabei geht es nicht um das Risiko einer galoppierenden, sondern einer

schleichenden Deflation, die zunehmend Investoren abschreckt, mögliches Wachstum erstickt, weil bei sinkendem Preisniveau die Erwartung um sich greift, die Investitionskosten nicht erwirtschaften zu können.

Bleibt, was den Euro angeht, bislang nur die Hoffnung, daß Europas Monetaristen im Europäischen Währungsinstitut unter deutscher Federführung die Autonomie nicht so weit treiben, daß schon am Anfang des Euro die Stabilitätsgemeinschaft zum Auslöser globaler Deflationsschocks mit dem Zusammenbruch ganzer Volkswirtschaften wird. An dieser Wendemarke kann sich die Autonomie der Europäischen Zentralbank mit dem von der Deutschen Bundesbank inspirierten Stabilitätspopulismus für den Euro zum Krisenauslöser in Europa und global entwickeln. Dies ist ein deutlicher Beleg dafür, daß dem makrookönomischen Monopol der Euro-Zentralbank ein Korrektiv in Gestalt einer europäischen Wirtschaftsregierung beigestellt werden muß. Von wegen Pluralismus ökonomischer Lehrmeinungen verfassungspolitischer Machtbalance und demokratisch legitimierter Macht.

Selbstverständlich ist - trotz der Rufe nach Regulierung und politischer Koordination der Geldpolitik - die neoklassische Verabsolutierung deregulierter Märkte im Globalisierungsprozeß nicht überwunden. Das ist schon daran zu erkennen, daß die WTO soeben einen großen Fortschritt in der Öffnung der Finanzmärkte erzielt, aber keine Konditionen für eine konsolidierte Bankenaufsicht in den Deregulierungsschritt eingebaut hat. Also nicht, wie die BIZ verlangt, daß alle, die von dieser Deregulierung Nutzen haben, eine zureichende Bankenaufsicht nach den Mindeststandards der BIZ gesetzlich verankern müssen. Richtig ist aber auch, daß dies als Mangel an staatlicher Regulierung - im Gegensatz zur herrschenden Lehre der Vergangenheit - öffentlich dargelegt wurde.

Der höchst dürftige Zustand internationaler Wettbewerbspolitik bei gleichzeitig immer noch überwiegend heroisch kommentierten Megafusionen im Bereich der Kapitalsammelstellen, der Banken und Versicherungen, ist der WTO neuerdings ein ganzes Kapitel im Jahresbericht wert. (11) Auch dies ein Beleg gegen die bisher unkritisch hingenommene Dominanz der Chikago-Schule, die selbst Monopole als konkrete Ausformung der spontanen Ordnung der Märkte staatlicher Regulierung nicht für bedürftig hält. Alles „Konstruktivismus".

Ganz allmählich wird - wie regelmäßig im politischen Diskurs anhand von manifesten oder drohenden Krisen - öffentlich bewußt, daß Globalisierung bei weitestgehend ersatzlosem Wegfall staatlicher Rechtsvorschriften kein naturwüchsiges, unabwendbares Ereignis ist, sondern ein politisch organisierter Prozeß, bei dem Staaten internationalen Abkommen beitraten, die auf Märkte ohne staatliche Regeln zur Sicherung des Wettbewerbs oder zur Einhaltung von Mindeststandards der Bankenaufsicht setzen. Diese juristisch „Entgrenzung" genannten politischen Entscheidungen bewirkten, daß nationales Recht entfiel, ohne daß internationale Regeln entstanden wären. Die Staaten gaben ersatzlos ihre bestehenden, teils obsoleten, teils aber auch wirtschaftsordnungs- oder verfas-

sungsrechtlich begründeten Kontrollrechte über Währung, Kapitalbewegungen und Fusionen auf.

Die vier wirtschaftlichen Freiheiten des EG-Vertrages Freiheit des Warenverkehrs, Niederlassungsfreiheit, Dienstleistungsfreiheit und Freiheit des Geld- und Zahlungsverkehrs) wurden schrittweise implementiert. Diese Freiheiten gelten für alle EU-Mitgliedsstaaten als Ergebnis eines politischen Prozesses, die EU-Kommission als Hüterin der Verträge hat die Kompetenz sie durchzusetzen. Die Organe der Europäischen Union haben keine entsprechend abgesicherte vertragliche Kompetenz, die Freiheit derjenigen zu begrenzen, die von diesen Freiheiten Gebrauch machen. Nationalen Regeln, beispielsweise solche der Absicherung von Arbeit, dürfen nur insoweit angewandt werden, wie sie der Realisierung der vier Freiheiten nicht entgegenstehen. Ergebnis: Um sich die Chance zu Erwerbsarbeit zu bewahren, müssen zu ökonomischen Produktionsfaktoren reduzierte Bürger, deren Wert durch den Grad ihrer Nützlichkeit, ihrer Produktivität, Profitabilität und Wettbewerbsfähigkeit bestimmt ist, billig, flexibel, ständig auf neuestem verwertbarem Wissensstand und mobil sein. Das Subjekt Staatsbürger wird als Humanressource Objekt der von Bindungen freigesetzten, zu Mega-Einheiten fusionierenden Betreiber der Finanzmärkte in der Europäischen Union. Der Konflikt zwischen verfassungspolitischer Rolle des Bürgers in der Zivilgesellschaft und seiner Funktion als ökonomischer Untertan der entgrenzten EU-Märkte ist evident. Auf die Ausgestaltung der EU hat er höchst begrenzten Einfluß, die öffentliche Debatte ist technokratisch, fachlich sachzwangorientiert, die vom Bürger mitzubestellenden nationalen Verfassungsorgane, deren Zusammensetzung und Personal er mitbestimmt und kennen kann, sind nicht zuständig: kein Nährboden für zivilgesellschaftliche Vorstellungen von der Republik der Bürger. Dieser Zustand wird Zwischenphase bleiben, oder die EU wird am Rigorismus der Sachzwänge und der vermachteten Märkte scheitern.

Die bekannten *invisible hands* des Adam Smith können für diese Art Dominanz der Märkte nicht in Anspruch genommen werden. Smith kämpfte gegen staatliche Überregulierung von Wirtschaft, er hat nicht bestritten, daß es Aufgabe des Staates ist, Gerechtigkeit (*justice*) durch Rechtsetzung und Rechtspflege zu gewährleisten. Im übrigen setzte Adam Smith zu seiner Zeit auf ethische, tatsächlich gelebte Bindungen der Ehrbarkeit und inneren Gerechtigkeit. Für Adam Smith ist derjenige kein Bürger, "der nicht willens ist, die Gesetze zu achten und der bürgerlichen Obrigkeit Gehorsam zu leisten; und derjenige ist gewiß kein guter Bürger, der nicht den Wunsch hegt, mit allen Mitteln, die ihm zu Gebote stehen, die Wohlfahrt der ganzen Gemeinschaft seiner Mitbürger zu fördern." (12)

Ernst Wolfgang Böckenförde, ehemaliger Bundesverfassungsrichter und Staatsrechtslehrer, erinnert "die ökonomisch-soziale Situation, wie sie sich derzeit darbietet und in fortschreitender Entwicklung begriffen ist, weltweit,... in vielem an die Zeit des frühen Kapitalismus." (13)

Die politische Entscheidung, Marktkräfte zu entgrenzen, insbesondere Finanzmärkte über die zu Standorten herunterdefinierten Gemeinwesen,

über deren Kultur und Werte nach dem Kalkül der Rentabilität zu stellen, hat die Betreiber dieser Märkte zum Souverän über die Wohlfahrt der Gemeinwesen erhoben. Aber seit der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts wissen wir, nicht die nackte Herrschaft der Märkte führt zur freien Gesellschaft, vielmehr muß der freiheitliche Staat durch Recht auch die Märkte so weit beherrschen, daß die Gesellschaft frei und gerecht bleibt. (14)

In der Europäischen Union hat inzwischen ein - eher noch eklektizistischer-Prozeß der Einhegung der Vermarktung staatlicher Regeln eingesetzt: Der Wettlauf der Steuersysteme, fälschlich Wettbewerb genannt, soll durch eine Konvention reguliert werden, die die Staaten in der EU vor der Erpressung durch die Betreiber der Finanzmärkte schützt, die britische Regierung ist der Sozialcharta beigetreten, die Entlohnung von Arbeitnehmern aus dem EU-Bereich wird mit Entsenderichtlinien sozial abgesichert. In der Europäischen Union hat ein Prozeß begonnen und zu ersten konkreten Entscheidungen geführt, der Elemente einer Rückbesinnung auf tragende Einsichten der europäischen Zivilgesellschaft unverwechselbar enthält.

IV.

Aus den inhumanen und freiheitszerstörenden Wirkungen des Frühkapitalismus haben die staatssozialistischen, totalitären Systeme den Schluß gezogen, Wirtschaft der Politik zu unterwerfen, und dabei Freiheit, Wohlstand und Wohlfahrt verspielt. Die westlichen Demokratien waren weise genug, private wirtschaftliche Initiative zu ermutigen und nicht der politischen Kontrolle zu unterwerfen. Die Politik verfolgte einen hohen Beschäftigungsstand, setzte für die Märkte Präferenzen der Beschäftigung, mäßigte die Verteilungswirkungen des schieren Kapitalismus. So gelang es Politik, Recht zu setzen, so gelang die Kombination von Markt und Demokratie, von Prosperität und Solidarität, von Eigennutz und Kooperation, von bürgerlicher Freiheit und Chancengerechtigkeit in den europäischen Zivilgesellschaften. Vieles, nicht zuletzt die jüngsten Wahlen in den Staaten der Europäischen Union, deuten darauf hin, daß in den Gesellschaften erkannt wird: Nicht der Kapitalismus pur, nicht die Herrschaft der Finanziers über die Gesellschaft und die Politik hat die Überlegenheit der westlichen Demokratien über den Staatssozialismus hervorgebracht. Diese Erfahrungen schienen 1989 vergessen. Ernest Gellner formuliert zu Recht: "Es ist eine bedauerliche Folge des Zusammenbruchs der marxistischen Umma, daß einige darin fälschlicherweise eine Rechtfertigung für die völlige Unterordnung der Gesellschaft unter den Markt sehen, eine Bestätigung der Doktrin des minimalen Staates und des maximalen Marktes." (15)

Man muß daran erinnern. Karl Marx und Lorenz von Stein erkannten die tiefgreifenden, revolutionären soziostrukturellen Veränderungen und den Antagonismus frühkapitalistischer Entwicklung des 19. Jahrhunderts. (16) Der gesellschaftssprengenden Dynamik des Vorrangs des Kapitals vor der Arbeit, dem schieren Kapitalismus wurden Grenzen gezogen durch das

Recht des sich zunehmend demokratisch legitimierenden Staates. "Dadurch wurde das System in Balance gebracht." (17) Denn: "Ohne Recht gibt es keine Freiheit", "Recht setzt Grenzen um der Freiheit willen." "Hätte jeder von uns absolute, nicht durch Recht begrenzte Freiheit, könnte er gegenüber und mit anderen tun und lassen, was er will, entstünde daraus im Zusammenleben der Menschen nichts anderes als die Macht des Stärkeren." (18) Diese auf Immanuel Kant (19) zurückgreifende europäische Erkenntnis muß die Oberhand gewinnen über den martialischen Darwinismus des späten Friedrich August von Hayek, Ideologe der konservativen Revolution, der Neoklassik der Ökonomenzunft. Dieser in seinen frühen Schriften (20) beachtliche, die Neoklassik massiv kritisierende Ökonom hat in einer Rede 1979 am ordoliberalen (!) Freiburger Eucken-Institut wesentliche kulturelle und verfassungsmäßige Voraussetzungen für das Entstehen der europäischen Bürgergesellschaft verworfen": Wahr ist nur, daß eine soziale Marktwirtschaft keine Marktwirtschaft, ein soziales Gewissen kein Gewissen, soziale Gerechtigkeit keine Gerechtigkeit - und ich fürchte auch, soziale Demokratie keine Demokratie ist." (21)

Von den Traditionen sozialistischer Solidarität und der Kultur christlicher Ethik, die Europa eignet, bleibt nach diesem Verdikt nichts. Nichts auch von Demokratie als Lebensform, die des Bürgersinns und der politischen Solidarität der Individuen bedarf, soll sie nicht in Demagogie oder „Beutegemeinschaften" verkommen. Die spontanen Marktkräfte als Ordnungskraft machen den Menschen zu des Menschen Wolf. "Die Nebenwirkungen des Wirtschaftsprozesses würden, wenn man ihn nicht in Schranken hielte, alles zerstören - die Umwelt, das kulturelle Erbe, die menschlichen Beziehungen." (22) Hayeks Denken trägt letztlich nichts zur Erhaltung der Freiheit der offenen Zivilgesellschaften, zu ihrer Balance bei. Gellner hingegen bleibt Karl Popper – einem früheren geistigen Weggefährten Hayeks - nach dem Untergang des Staatssozialismus verpflichtet, indem er für die offene Gesellschaft dem alten Hayek entgegensetzt: "Die Wirtschaft muß frei genug sein, die Basis pluralistischer Institutionen zu bilden, aber nicht mächtig genug, um unsere Welt zu zerstören." (23)

V.

Die entnationalisierte, suprastaatliche Währungsordnung des Euro und die Geld- und Währungspolitik der Europäischen Zentralbank können nur durch die Verfassungsorgane der Nationalstaaten und deren Gewaltmonopol durchgesetzt werden. Der Primat der Politik sichert dem Euro die Eigenschaft als einziges gesetzliches Zahlungsmittel. Die Durchsetzung und Aufrechterhaltung der Geldordnung bedarf der politischen Macht, ist politische Machtausübung, setzt den Willen der Politik gegen Widerstreben mit der Androhung staatlicher Gewalt regelmäßig durch. Der Präsident der Deutschen Bundesbank, Hans Tietmeyer, hält den Euro für "entpolitisiertes Geld", weil die Europäische Zentralbank "bewußt unabhängig von politischen Einflüssen der Regie-

rungen, der Parlamente und anderen europäischen Institutionen operieren" soll. (24) Entweder verkennt Tietmeyer die entscheidende Dimension staatlicher Politik, die durch die Drittwirkung von Entscheidungen, durch das staatliche Gewaltmonopol charakterisiert ist, egal wer die Entscheidung trifft; oder er fällt einer technokratischen Denunziation von Politik anheim, die davon ausgeht, daß nur von nicht gewählten, demokratisch legitimierten Staatsorganen unpolitische - gleichgesetzt mit sachgerechten - Entscheidungen getroffen werden könnten oder sollten. Bürokratisch ausgeübte Herrschaft gilt ihm offenbar als unpolitisch, weil sie obrigkeitlich Macht ausübt, ohne allerdings durch den wählenden Bürger legitimiert zu sein. Seit Max Weber ist diese Erkenntnis Stand geisteswissenschaftlicher Forschung.

Hinter Tietmeyers „Entpolitisierung" des Geldwesens steht der bürokratische Herrschaftsanspruch, die künftige konkrete Geld- und Wechselkurspolitik als jeweils von der Sache her zwingend vorgegeben jeder Gemeinwohlabwägung durch demokratisch bestellte Finanz- und Wirtschaftsminister zu entrücken. Es geht Tietmeyer offensichtlich darum, die Unabhängigkeit der Zentralbank bei ihren geldpolitischen Entscheidungen nicht als praktische politische Abwägung zu definieren, sondern als ein der Stabilität wegen zwingendes Gebot.

Diese allgemeine Behauptung wird im übrigen durch die empirische Untersuchung nicht gestützt. Nach der Untersuchung der Geldpolitik von 67 Ländern über einen Zeitraum von dreißig Jahren im Auftrag der britischen Notenbank kommt der Harvard-Professor Robert J. Barrow zu dem Ergebnis: "Inflation und Unabhängigkeit der Notenbanken korrelieren nicht." Und Barrow ermittelt, daß mit demselben Maß an Geldwertstabiltät erheblich unterschiedliche Wachstums- und Beschäftigungserfolge kompatibel sind, im Zusammenwirken von Fiskal-, Einkommens- und Wechselkurspolitik erreichbar sind. (25)

Mit Tietmeyers bürokratisch verkürztem Politikverständnis wird Hayeks "spontane Ordnung" der Märkte um die Verabsolutierung bürokratischer Machtausübung im Bereich des Geldes ergänzt. So entsteht eine wahrlich vordemokratische, ja vorpluralistische, offenen Zivilgesellschaften fremde Vorstellung von Politik und Interesse. Konkreter: Schon Max Weber erkannte in der aktuell von Tietmeyer vertretenen, formal rationalen Ordnung des Geldwesens eine für die Durchsetzung der formalen Rationalität der "Kapitalrechnung" notwendige Voraussetzung, eines von acht Schlüsselelementen zur Durchsetzung der Herrschaft der "Kapitalmacht" über die Arbeit. (26)

Was Wunder, daß sich Widerstand formiert, der erhebliche Korrekturen des bisherigen Maastricht-Ansatzes fordert und durchzusetzen beginnt? Mit der Schaffung des von Frankreich geforderten Euro-X-Rates ist vom Europäischen Rat im Dezember 1997 eine Institution der makroökonomischen Abstimmung, eine wirtschaftspolitische Instanz auf Gemeinschaftsebene entstanden. Sie war im technokratisch dominierten Maastricht-Prozeß nicht vorgesehen. Einzige zentrale Instanz der Makropolitik war fak-

tisch die autonome Europäische Zentralbank, ihr sollten X nationale Regierungen auf niedrigerer, nicht zentraler Ebene gegenüberstehen. Motto: Divide et impera. Platter noch: Die EZB beherrscht Europa.

Der Ordnungsrahmen im künftigen Euroland hat im Dezember durch Beschluß der EU-Regierungschefs eine hart umstrittene Veränderung erfahren. Es ist eine - zwar erst in Umrissen erkennbare und lose organisierte - neue Instanz wirtschaftspolitischer Zusammenarbeit eingefügt worden. An diesem Beispiel wird vielleicht deutlich, was ich einleitend als Faszinosum der Unvorhersehbarkeit andeutete:

Der Euro bringt die Chance mit sich, in Europa das krisenträchtige, deflatorische Gemenge aus Monetarismus und Standortwettlauf rivalisierender, ausschließlich angebotsorientierter Wirtschaftspolitik zu überwinden.

VI.

Mit der Frage nach der prozeßpolitischen Kompetenz des Euro-Rates im künftigen Euroland verlassen wir nunmehr das Kapitel der jüngsten Relativierungen der neoklassischen Botschaft von der freiheitsbewahrenden Kraft der Herrschaft deregulierter Märkte und bürokratischer Instanzen über die Gesellschaften. Wir wenden uns der Frage zu: Stehen wir am Beginn einer Renaissance makroökonomischer Nachfragepolitik im Euroland der Massenarbeitslosigkeit? Spitzer formuliert: Hat die Wirtschaft im künftigen Euroland die Chance, sich aus der Gefangenschaft der monetaristischen Irrlehre zu lösen, die Geldmenge habe nur Preis- und keine Mengeneffekte, beeinflusse nicht das reale Wachstum? Dazu Jürgen Kromphardt: "Die Vorstellung, in einer Marktwirtschaft mit dezentralen Entscheidungen der einzelnen Produzenten, die nur unvollkommene Informationen haben, könnten Schwankungen in der nominalen Gesamtnachfrage durch sofortige Preisreduktionen aufgefangen werden, ist unrealistisch - solche Preisreduktionen wären nur möglich, wenn die Preisentscheidungen zentral, nämlich von einem à la Walras voll informierten Auktionator-Großrechenzentrum getroffen werden." (27) Eine Geldpolitik, die diesen Zusammenhang leugnet, ist bestenfalls naiv oder muß – wie üblich – mit Prophetien über ihre behaupteten langfristigen Beschäftigungswirkungen als gemeinwohldienlich verkleidet werden.

Dominique Strauss-Kahn, der französische Finanzminister, begründete sein Engagement für der Euro-X-Rat in entscheidenden Punkten mit sorgsam ausgewählten prozeßpolitischen Argumenten der Nachfragesteuerung: "Wenn die Regierungen - im künftigen Euroland - unkoordiniert agieren, wird die Europäische Zentralbank nicht in der Lage sein, eine genaue Schätzung der Entwicklung der öffentlichen Defizite vorzunehmen...Sie wird erst dann in der Lage sein, ihre Notenbankzinsen zu senken, wenn die Budgetentscheidungen implementiert worden sind und beginnen, greifbare Ergebnisse zu bewirken. Unter Berücksichtigung der Wirkungsverzögerung der Geldpolitik könnten sich deshalb Budget-

restriktionen als viel schmerzlicher erweisen als tatsächlich notwendig." Strauß-Kahn weiter: Für den Fall der Abweichung der Wechselkurse von dem Niveau der ökonomischen *fundamentals* mag der Bedarf entstehen, koordiniert "die Makropolitik im Euroraum als Reaktion auf die Wechselkursentwicklung anzupassen." (28)

Zunächst fällt auf, daß Strauß-Kahn sowohl der Geld- als auch der Währungs- und der koordinierten Fiskalpolitik der Euro-Länder Verantwortung für die Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Niveaus zuordnet, die angebotspolitischen Ansätze der Deregulierung und Flexibilisierung der Märkte, insbesondere der Arbeitsmärkte, kommen nicht vor. Es ist aber gewiß ein Versäumnis der einseitig argumentierenden Angebotslehre, eine einseitige, nicht mikrökonomisch fundierte makroökonomische Position gegenüberzustellen, auch wenn richtig ist, wenn Olaf Sievert selbstkritisch anmerkt: "In den Wirtschaftswissenschaften ist die Makrotheorie auf den Hund gekommen. Seit wir uns von Keynes losgesagt haben, tun wir uns mit einer einfachen Erklärung der Arbeitslosigkeit schwer." (29) Um die herrschende Lehre insbesondere der Deutschen nicht zu attackieren, werden Begriffe wie Nachfragemanagement nicht benutzt. Bemerkenswert auch Sieverts Wortwahl: "Lossagen" kann man sich nicht von wissenschaftlicher Erkenntnis, sie wird entweder falsifiziert oder sie gilt weiter. Lossagen wird man sich von einem Glauben, um sich einem andern zuzuwenden. Ein sprachlicher Hinweis auf das axiomatische Selbstverständnis von Ökonomen, die sich von Keynes „lossagen"; nachdem der Wettbewerb mit dem Staatssozialismus dank keynesianischer ökonomischer Politik gewonnen ist, werden die „General Theory" und mit ihr die zivilgesellschaftliche Ausformung des Kapitalismus verbannt.

Besonders amüsant ist eine höchst diplomatische Passage in Strauß-Kahns Aufsatz, mit der er die Relativierung der bisher vorgesehenen Monopolisierung der Makropolitik auf Euroland-Ebene durch die Europäische Zentralbank als ausdrücklichen Dienst an der Bank interpretiert: "...die Hervorhebung der kollektiven Verantwortung der Euro-Minister kann tatsächlich die - nur für die Preisstabilität zuständige - Bank vor unangebrachten politischen Drücken schützen." (30) So, als ob es in dem Euro-X-Rat nicht darum gehen werde, die Bank für eine abgestimmte Politik für Wachstum, Stabilität und Beschäftigung in die Pflicht zu nehmen. Die Begründung Strauß-Kahns geht ganz offensichtlich vom politischen Primat, von der kollektiven Verantwortlichkeit der Minister für die Wirtschaftspolitik insgesamt, also auch für die Wirkungen der Geldpolitik der autonomen Zentralbank, aus.

Natürlich verliert der französische Finanzminister kein Wort zu dem Reizthema fiskalischen *Deficit-Spendings*, der beliebten und unredlichen Zuspitzung neoklassischer Kritik an staatlicher Makropolitik auf "teure Beschäftigungsprogramme", die "nichts bringen als Strohfeuer und Schulden", weil die Arbeitslosigkeit in Europa strukturell und nicht wegen eines zu niedrigen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage-Niveaus entstanden sei. Aber am Stabilitätsbekenntnis infolge der richtigen Einsicht, daß mit dem

süßen Gift der Inflation Wachstum und Beschäftigung dauerhaft nicht zu verbessern sind, läßt es Strauß-Kahn nicht fehlen: Er fordert, im Sinne der oben zitierten Untersuchung von Barrow, eine gesamtwirtschaftlich optimierende Lockerung der Geldpolitik im Prozeß der makroökonomischen Koordinierung des Euro-X-Rates nur dann, " wenn die Bank dies ohne Gefährdung der Preisstabilität" tun könne. (31)

Zwei Denkstrukturen sind offensichtlich: Die französische Regierung ist nicht bereit, makroökonomische Politik auf Gemeinschaftsebene ausschließlich der Technokratie der Zentralbank zu überlassen und die Herrschaft über das Geld demokratischer Legitimation vollends zu entziehen, wie der Maastricht-Prozeß bislang vorsah. Und die französische Regierung hat erkennbar ökonomische Lehren auch aus der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den USA gezogen, wo seit Jahren zu beobachten ist, daß eine sowohl für Wachstum als auch für Stabilität ausdrücklich zuständigen Notenbank eine Geldpolitik betreibt, die inzwischen zu einer Arbeitslosenquote weit unterhalb der von den Chikago-Monetaristen mit Preisniveau-Stabilität zu vereinbarenden "natürlichen" Arbeitslosigkeit (NAIRU) geführt hat - ohne daß der als zwingend dargestellte Preisauftrieb eingetreten oder auch nur absehbar ist; im Gegenteil, Alan Greenspan, der US-Notenbankpräsident, will Deflationstendenzen nicht mehr ausschließen. Und die Realeinkommen in den USA sind wieder deutlich gestiegen.

In dieser Kombination von Geld- und Lohnpolitik zeichnet sich möglicherweise der künftige Makrokurs in Euroland ab. Was jetzt in Sachen Euro-X-Rat beschlossen ist, ist noch keine "Wirtschaftsregierung" auf Euro-Ebene à la francaise, aber es ist das organisatorisch notwendige institutionelle Gehäuse geschaffen für eine zentral koordinierte Makropolitik, die zugleich Wachstums-, Beschäftigungs- und Stabilitätspolitik sein kann. Jedenfalls besteht jetzt eine Institution, in der die zuständigen Euro-Minister makroökonomische Orientierungen für Euroland unter Einbeziehung der Europäischen Zentralbank verabreden können, so sie, beispielsweise von Massenarbeitslosigkeit dazu veranlaßt, wollen.

Erkennbar geben die Texte zum Euro-X-Rat nur bruchstückhaft die makroökonomischen Aufgabenstellungen wider. Wie zu erwarten, finden sich aber auch im Text von Strauß-Kahn politische Öffnungsklauseln. "Kurz gesagt: EMU-Teilnehmer haben verschiedene Gründe, Informationen auszutauschen, enge Konsultation zu entwickeln und die Politik der Budgets und auf anderen Gebieten zu koordinieren." (32) Kein konkretes Wort findet sich zur makroökonomischen Schlüsselfrage der Orientierung der Einkommens- und Tarifpolitik in den künftigen Ländern mit Euro-Währung. (33) Obwohl doch gesamtwirtschaftlich evident ist, daß zu hohe Lohnabschlüsse auf breiter Front, solche die über den jeweiligen Produktivitätstrend plus von der Zentralbank anvisierte Zielpreisrate hinausgehen, zu Reaktionen der Geldpolitik führen werden, sei die Fiskalpolitik noch so stabilitätskonform. Das schöne, von Strauß-Kahn gezeichnete Gebäude aus koordinierter Geld-, Währungs- und Fiskalpolitik zum Zwecke von mehr Wachstum und mehr Beschäftigung bei

Stabilität steht ohne einkommenspolitische Absicherung auf schwachen Fundamenten.

Makroökonomen wissen: "Rasche wirtschaftliche Entwicklung im Schumpeterschen Sinne, also ausgelöst durch Pioniere am Gütermarkt, ist nur möglich, wenn die Geldpolitik den Entwicklungsprozeß vorfinanziert, also wie es Schumpeter ausdrückt, einen potentiell inflationären Prozeß finanziert, der aber nicht inflationär wird, weil die Pionierunternehmer die geldpolitische Vorfinanzierung erfolgreich zur Ausweitung der Produktion nutzen. Oder, wie Hayek es ausdrückt, nur durch die Geldschöpfung der Banken ist es möglich, den Entwicklungsprozeß weit rascher und erfolgreicher ablaufen zu lassen, als wenn die Finanzierung dieses Prozesses nur auf vorhandene Ersparnisse angewiesen wäre." (34) Keine der Stabilität verpflichtete Europäische Zentralbank aber kann sich auf diese Wachstumsbeschleunigungs- und Beschäftigungsstrategie einlassen, wenn sie nicht sicher sein kann, daß von der Lohnpolitik keine Inflationsschübe ausgehen werden. Wer meint, die Regierungen oder die EU-Kommission könnten überhöhte Lohnabschlüsse durch staatliche Ausgabenprogramme alimentieren, setzt auf die fehlerhafte und gescheiterte Anwendung keynesianischen *Deficit-spendings* der siebziger Jahre und verkennt die fiskalischen Notwendigkeiten des EU-Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Deshalb führt kein Weg zu mehr Wachstum und Beschäftigung an zentralen, für die Geld- und Fiskalpolitik verläßlichen Einkommensorientierungen vorbei.

Das gilt auch für zu niedrige Lohnabschlüsse. Was ist, wenn innerhalb des Euro-Gebietes - unter dem verführerisch platten Motto "Je niedriger die Löhne, um so mehr Beschäftigung" - die Tarifpartner in einem Land Lohnzuwächse verabreden, die nicht hart an der jeweiligen regionalen Produktivitätswachstumsrate, sondern unterhalb des trendmäßigen Produktivitätsfortschritts plus Preiszielrate der Eurobank bleiben?

Die Flucht in den Export ist für Euroland künftig schon deshalb nicht möglich, weil er nur etwa zehn Prozent des Sozialprodukts ausmacht. Also werden die Unternehmen einer Euro-Region die sinkenden Lohnstückkosten dazu nutzen, die Unternehmen aus anderen Euro-Regionen aus den Märkten des offenen Euro-Binnenmarktes zu verdrängen. Diese wiederum werden ihre Mengen zurücknehmen und ihre Kosten durch Entlassungen und Lohnkürzungen senken. Bei negativen Einkommenserwartungen der potentiellen Käufer können schwerlich positive Absatzerwartungen der potentiellen Investoren in Sachanlagen entstehen.

Jeder wird in einem realen Abwertungswettlauf ohne Wechselkurse versuchen, seine Arbeitslosigkeit von einer Euro-Region in die nächste zu entsorgen. Dieser Prozeß wird immer wieder mit weniger Wachstum und weniger Beschäftigung in Euroland insgesamt enden, weil jeder der Lohnkürzer die eigene Binnenkonjunktur stranguliert und seine Nachfrage im ebenfalls kostensenkenden Nachbarland - auf Dauer vergeblich - zu finden hofft.

Die von Massenarbeitslosigkeit, Wachstumseinbußen und erodierenden Staatseinnahmen am heftigsten betroffenen Regierungen werden in

Brüssel einen Finanzausgleich von denjenigen Ländern einfordern, die durch die Entwicklung ihrer unter dem Produktivitätsfortschritt plus Preiszielrate bleibenden gesamtwirtschaftlichen Lohnsumme die Binnennachfrage strangulieren und den Wettlauf der Lemminge von Standort zu Standort ankurbeln.

Dieses Szenario bestätigt die Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, daß man nicht Kostensenkungswettläufe in einem einheitlichen Währungsraum ohne Finanzausgleichsmechanismus wird haben können. (35) Finanzausgleich aber will allenfalls eine Minderheit, der Streit bei durch Kostensenkungswettläufe produzierten Wachstumsverlusten in Euroland insgesamt zwischen weniger Betroffenen und Hauptleidtragenden scheint bei fehlender Lohnorientierung programmiert. Zu dem müßten Transfers bei steigender Arbeitslosigkeit im Euroland insgesamt zu wachsenden Staatsanteilen am Sozialprodukt führen.

Will man durch makroökonomische Koordination im Euro-X-Rat Wachstum, und Beschäftigung bei Stabilität für Euroland insgesamt voranbringen, dann muß die Einkommenspolitik von und mit den Tarifvertragsparteien makroökonomisch kompatibel koordiniert werden. Weiter noch: So wie es im EU-Stabilitätspakt Regeln für die Defizite gibt, muß auf zentraler Euro-Ebene eine generelle Lohnorientierung gegeben werden. Eine unabweisbare Bringschuld des künftigen Euro-X-Rates, die ohne Mitwirkung der Gewerkschaften in Euroland nicht einzulösen sein wird. (36) Von der Arbeitgeberseite sind zu Zeiten des neoklassischen Paradigmas derartige Einsichten zunächst nicht zu erwarten. Die trotz Unterstützung der Währungsunion operativ im Nationalen verharrenden Gewerkschaften sind als Initiatoren und Exekutoren einer solchen Einkommensorientierung gefordert, wenn sie nicht mitwirkender Teil an einer Fortsetzung von Standortwettläufen durch reale Abwertungseffekte werden wollen. Schon jetzt fordern die deutschen Arbeitgeberverbände die Senkung der tariflichen Mindestlöhne um zwanzig Prozent. Das wäre der klassische Einstieg in eine reale Abwertungsspirale, mit dem unmittelbar nach dem Wegfall der Wechselkurse für Euroland eine Kombination aus Deflation und Depression bei schon bestehenden zwanzig Millionen Arbeitslosen initiiert werden kann.

Die Formel für die gesamtwirtschaftliche Lohnsumme bei wachsender Wirtschaft heißt: Trendmäßiger Produktivitätsfortschritt in der jeweiligen Tarifregion plus einheitliche Zielinflationsrate der Eurozentralbank. Keinesfalls mehr, keinesfalls weniger, und in allen Europrovinzen. Es geht um Wettbewerb der Produktivitätssteigerung zum Zwecke des Wachstums und der Beschäftigung und nicht um einen Wettbewerb der Kostensenkung bei sinkender Produktion und steigender Unterbeschäftigung.

Es ist nach unverkennbaren positiven Modifikationen im Maastricht-Konstrukt noch immer ein steiniger Weg, bis Euroland sich von der ungenügenden, einseitigen Wirtschaftspolitik des Neoliberalismus lösen kann und zu den notwendigen Handlungsformen zurückfindet, die Wachstum und einen möglichst hohen Beschäftigungsstand bei Stabilität erwarten las-

sen. Oder wirtschaftshistorisch argumentiert: Es geht darum, das neoklassische Konzept zu modifizieren, ehe es wie 1929 Deflation und Depression bewirkt – mit erkennbar katastrophalen politischen Folgen für die freiheitliche Zivilgesellschaft.

Ein hoher Beschäftigungsstand ist Voraussetzung für vieles, was unsere Zivilgesellschaften prägt. Er erst ermöglicht faktisch den Abbau von zuviel kollektiver Risikoabsicherung, von zu hohen Staatsanteilen am Einkommen insbesondere der Arbeitnehmer, er ermöglicht, weil von höherem Wachstum getragen, Innovationen und das Risiko zu mehr Selbständigkeit und höhere Eigenvorsorge. Sinkende Massenarbeitslosigkeit und höhere Wachstumsraten sind Voraussetzung für den Erfolg höherer Risikobereitschaft der Bürger. Ein nicht von inneren Krisen geschütteltes Euroland wird die stärkenden Chancen des Euro nutzen können, mit deutlich höherem Gewicht als bisher die künftige Entwicklung der Weltwirtschaft und ihres Ordnungsrahmens nach den Werten der europäischen Zivilgesellschaft mitzuprägen. Die bürokratisch organisierte „Kapitalmacht" führt zur Feudalisierung der offenen Gesellschaften Europas. Der Euro hingegen eröffnet für die Teilnehmer die Chance, auf Gemeinschaftsebene das Konstrukt des ökonomischen Neoliberalismus zu überwinden, ohne die Erfahrungen Europas vor 1945 wiederholen zu müssen.

Anmerkungen

(1) Arendt, Hannah, Was ist Politik? (München, Zürich 1993).
(2) Sternberger, Dolf, Grund und Abgrund der Macht (Frankfurt/M. 1962).
(3) Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft (Tübingen O. J.) Teil I, Kapitel 1.
(4) Grunenberg, Antonia, Der Schlaf der Freiheit (Reinbek 1997) 235.
(5) TZ. 305; zitiert nach: DIE ZEIT (26.12.1997) 17.
(6) Zitiert nach: Noé, Claus, Der Kasino-Kapitalismus, in: DIE ZEIT (7.11.1997) 4f.
(7) Ebendort.
(8) Ebd.
(9) Noé, Claus, Konzert für die Stabilität, in: DIE ZEIT (19.12.1997) 26.
(10) Financial Times (5.1.1998).
(11) Vgl. WTO-Jahresbericht 1997, Kapitel 4, S. 30ff.
(12) Smith, Adam, Theorie der ethischen Gefühle.
(13) Böckenförde, W.-E., Recht setzt Grenzen, in: Weizsäcker, Ernst Ulrich von (Hrsg.), Grenzenlos? (Berlin u.a. 1997) 277.
(14) Noé, Claus, Der Staat darf nicht abdanken, in: DIE ZEIT (15.11.1996) 4.
(15) Gellner, Ernest, Bedingungen der Freiheit. Die Zivilgesellschaft und ihre Rivalen (Stuttgart 1995) 178.
(16) Stein, Lorenz von, Der Sozialismus und Kommunismus im heutigen Frankreich (1842); Marx, Karl, Die deutsche Ideologie, in: Landshut (Hrsg.), Die Frühschriften (1955) 346ff.
(17) Böckenförde, W.-E., Recht setzt Grenzen, in: Weizsäcker, Ernst Ulrich von (Hrsg.), Grenzen-los? (Berlin u.a. 1997) 277.
(18) Ebendort 272f.
(19) Kant, Immanuel, Grundlegung zur Metaphysik der Sitten (Stuttgart 1955, 3. Aufl.) Teil I, Einleitung in die Rechtslehre.
(20) Hayek, Friedrich August von, Monetary Theory and the Trade Cycle (London 1933).
(21) Ders., Wissenschaft und Sozialismus, in: Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze 71 (Tübingen 1979) 16.

(22) Gellner, Ernest, Bedingungen der Freiheit. Die Zivilgesellschaft und ihre Rivalen (Stuttgart 1995) 180.
(23) Ebendort.
(24) Tietmeyer, Hans, Der Euro: ein entnationalisiertes Geld, in: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln 72 (12.12.1997) 2.
(25) Noé, Claus, Was heißt denn Stabilitätskultur?, in: DIE ZEIT (14.7.1995) 20.
(26) Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft () Teil I; vgl. auch: Kässler, Dirk, Einführung in das Studium Max Webers (München 1979)159ff.
(27) Kromphardt, Jürgen, Die Relevanz von Keynes' Theorie für die Erklärung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, in: Bilbo, Jörg; Goerke, Laszlo (Hrsg.), John Maynard Keynes - Ein moderner Klassiker? (1996) 426.
(28) Strauss-Kahn, Dominique, We are in this together, in: Financial Times (27.11.1997).
(29) Sievert, Olaf, Währungsunion und Beschäftigung (=Vortrag an der Universität Leipzig, 28.1.1997).
(30) Strauss-Kahn, Dominique, We are in this together, in: Financial Times (27.11.1997).
(31) Ebendort.
(32) Ebd.
(33) Vgl. Noé, Claus, Nichts ist zu wenig, in: DIE ZEIT (21.7.1995) 18.
(34) Flassbeck, Heiner, Die Weltwirtschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts, in: Lutz, Burkhart u.a. (Hrsg.), Produzieren im 21. Jahrhundert (München 1996) 55.
(35) Vgl. DIW, Die Gemeinschaftsdiagnose Herbst 1997, Minderheitsvotum, in: DIW-Wochenbericht 50 (1997) 28ff; Flassbeck, Heiner, Analyse, in: Frankfurter Rundschau (31.10.1997) 12.
(36) Noé, Claus, Konzert für die Stabilität, in: DIE ZEIT (19.12.1997) 26.